

Corona Offene Schulen? Ein Streit eskaliert. Unser Autor hat gute Argumente **Politik S. 5**

Unterleib Endometriose ist schmerzhaft. Her mit dem Geld für Forschung! **Gender S. 11**

Gesundheitswahn Manfred Lütz warnt, Christina Berndt widerspricht ihm **Debatte S. 14/15**

Ostdeutsch Über zwei tolle Bücher – von Hendrik Bolz und Daniel Schulz **Kultur S. 23**



Die Kunst, aus nichts Millionen zu machen

Dieser Affe kostet ein Vermögen: Wann platzt die Krypto-Blase? **s. 6/7**

Eine neue Stunde Null

Showdown Die heutigen Drohgebärden Russlands sind das Ergebnis jahrelanger westlicher Demütigungen: Zeit für einen Neuanfang

■ Daniela Dahn

Bewies der Kanzler bei seinem Besuch im Weißen Haus Männerstolz vor Königsthronen? Er hat weder zugesagt, Waffen in die Ukraine zu liefern, noch das Projekt Nord Stream 2 sofort abzublasen. Aber vielleicht hat das der smarte Joe vom dankbaren Olaf auch gar nicht verlangt. Nichts schien dem US-Präsidenten und dem deutschen Regierungschef wichtiger, als zu demonstrieren, dass sie ein Herz und eine Seele sind. Zu Hause musste sich Olaf Scholz von Hardlinern eben noch anhören, es sei unmoralisch, keine Waffen ins Krisengebiet zu liefern. Dabei waren die 5.000 Helme für Kiew doch die kongeniale Symbolpolitik, da eine militärische Option für alle Seiten desaströs wäre. Und SPD-Chef Lars Klingbeil beschwor, was alle denken sollen: Russland ist der Aggressor.

Die nicht überraschende Botschaft aus Washington: Es werde harte Sanktionen für Russland geben, wenn es in die Ukraine einmarschiert. Trifft das vermutlich nie Geplante auch nicht ein, wird man das der eigenen Konsequenz zugutehalten. Dagegen sagt der russische UN-Botschafter Wasilij Nebensja, bei dem Aufmarsch handle es sich um „ganz normale Truppenbewegungen innerhalb russischen Staatsgebietes“. Die USA schaffe eine weltweite Hysterie, die wir uns nicht leisten könnten. Selbst der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj beruhigt, im Frühjahr 2021 habe es schon einen vergleichbaren Aufmarsch gegeben – ohne weltweite Aufregung.

Aber „normal“ sind solche von russischer Seite nicht näher begründeten Manöver auch nicht. Alle Angaben dazu kennt man von ukrainischen oder westlichen Geheimdiensten. Russland sagt: Desinformation. Informiert aber nicht. Es errichtet sei-

ne Drohkulisse. Kennen doch die Hasstiraden gegen die russische Führung keine Schamgrenzen mehr. „Das Putin-Regime und seine Verbündeten sind eine Geißel der Menschheit geworden“, hieß es in der Welt. Das Blatt konnte nicht wissen, dass dieser Titel vergeben ist. *Geißel der Menschheit*, das vom britischen Hauptrechtsberater der Nürnberger Prozesse, Lord Russell of Liverpool, 1954 herausgegebene Buch mit Zeugenaussagen zu den monströsen Nazi-Kriegsverbrechen gerade in Russland und der Ukraine, ist in der Bundesrepublik unterdrückt und nur in Antifa-Kreisen zur Kenntnis genommen worden.

Nichtsahnend rätseln plötzlich alle: Was will der Russe?

Ist es so schwer nachzuvollziehen, was von russischer Seite als Aggression empfunden wird? Ein halbes Dutzend führende Politiker, allen voran der damalige US-Außenminister James Baker, haben Michael Gorbatschow versichert: die NATO „nicht einen Zentimeter ostwärts“! Zusagen unter Politikern galten einst als Ehrenwort – nicht so in der westlichen Wertegemeinschaft. Die NATO-Osterweiterung einen „Jahrhundertfehler“ zu nennen, wie es Egon Bahr tat, war Konsens in der SPD.

Als aggressiv dürfte es empfunden werden, wenn die USA mehr als zehnmal so viel für Rüstung ausgeben wie Russland. Wenn kein Protest gegen die neuen Raketenysteme in Rumänien hilft. Wenn Russland dem NATO-Angriffskrieg gegen seinen Verbündeten Serbien zusehen muss. Wenn die Rotation von NATO-Truppen an seiner Grenze die NATO-Russland-Akte unterläuft.

Ja, Drohgebärden von allen Seiten. Aber jahrelang hatte Präsident Putin andere Wege beschritten: mit seiner um gute Be-

ziehungen fast flehenden Rede im Bundestag 2001, mit der Aufrechterhaltung der Kommunikations-Pipeline zwischen beiden Ländern, mit dem schon schärfer formulierten Missbehagen gegen die fortschreitende NATO-Osterweiterung auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007. Nur ein Jahr später ermunterte die NATO auch Georgien und die Ukraine, die Mitgliedschaft anzustreben. Der Maidan-Putsch sollte die Türen zum Westen endgültig öffnen, die historisch gewachsene Verflechtung mit Russland rückabwickeln.

Mit Putins Antwort auf der Krim beginnt die Stunde Null im westlichen Kampf um Deutungshoheit. Wie viel Geschichte darf man rückabwickeln? Hat doch der ukrainische Sowjetpräsident Chruschtschow bekanntlich aus einer Laune heraus, gegen jedes Recht, die Krim der Ukraine schlicht geschenkt. Die gegen den Willen der Ukrainer erfolgte Rücknahme der Krim war zweifellos ein schwerer Bruch des Budapester Abkommens. Aber wie viele Vertragsbrüche waren dem vorausgegangen?

Das heutige Großmachtverhalten der russischen Führung ist das erwartbare Ergebnis jahrelanger westlicher Provokationen und Demütigungen. Die NATO, der Logik des Kalten Krieges entsprungen, versteht noch keine andere Sprache. Plötzlich kommt Bewegung in die Debatte, nichtsahnend rätseln alle: Was will der Russe? Dabei steht der Vorschlag für einen Vertrag zwischen der Russischen Föderation und den USA seit Mitte Dezember vorigen Jahres auf der Seite des russischen Außenministeriums. Kennt hier nur keiner. Eine deutsche Übersetzung bietet nur das Ostinstitut Wismar. Westliche Ignoranz?

In Moskau wurde Olaf Scholz bestätigt: Es geht um rechtsverbindliche gegenseitige Sicherheitsgarantien. Ist es eine Maximalforderung, wenn Russland keine Atomraketen an seiner westlichen Grenze akzeptieren will, die bis Moskau nur fünf Minuten brauchen? Die Ukraine ist inzwischen das ärmste Land Europas und darauf angewiesen, sowohl zur EU wie zu Russland gute Beziehungen zu haben. Die Mehrheit ihrer Bürger lehnt einen NATO-Beitritt ab. Are you ready – Joe and Olaf?

Nicole Diekmann freut sich über ein Urteil gegen Hass im Netz

Diese Entscheidung aus Karlsruhe ist ein Booster für die Demokratie

Halleluja! Halten wir kurz inne. Und ihn fest, diesen Moment des Frohlocken-Könnens. Denn das Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Sachen „Renate Künast gegen Hass im Netz und gegen die Plattformen, die einfach nur zuschauen“ ist nicht weniger als ein Meilenstein.

Was da in Karlsruhe entschieden und wie es begründet wurde, markiert das Ende eines riskanten Irrtums: dass das, was im Netz passiert, nicht so schlimm ist. Weil es digital ist, schriftlich. Und weil man den sozialen Netzwerken ja auch einfach fernbleiben kann. Eine unter Polizisten, Staatsanwälten und auch Richtern bis heute vorherrschende Sichtweise, die auf zwei Ebenen problematisch ist: Erstens handelt es sich dabei um astreine Täter-Opfer-Umkehr. Und zweitens sind soziale Medien längst eine Sphäre gesellschaftlichen Austauschs und gesellschaftlicher Teilhabe. Ohne Netz ging es ganz gut, als Faxgeräte noch das Mittel der Wahl waren.

Entsprechend überfällig war ein zeitgemäßes Urteil wie dieses. Nicht nur haben sie in Karlsruhe entschieden, dass Beleidigungen wie „Drecks-Fotze“ oder „Stück Scheisse“ (sic!), wie sie Künast in einem Shitstorm 2019 auf Facebook entgegenschlugen, *auch dann* Beleidigungen sind, wenn sie im Netz passieren. Nein, viel besser: Sie haben entschieden, dass die Justiz gerade sehr sorgfältig auf dort stattfindende Ausfälle schauen muss. Denn was in sozialen Netzwerken kursiert, erreicht ungleich höhere Geschwindigkeiten und eine größere Reichweite als das gesprochene Wort – und hat nicht dessen Flüchtigkeit. Was geschrieben ist, bleibt in der Welt.

Die Hürden für das, was Politikerinnen wie Künast sich bieten lassen müssen, bleiben zwar niedriger als die für Otto Normal-User. Aber die Meinungsfreiheit hat ihre Grenzen. Und die hat Karlsruhe gerade definiert. Endlich auch für Hate Speech im Netz.

Trotzdem bedeutet das Künast-Urteil nicht für alle einen Grund zur Freude, für einige sogar eine Klatsche. Für die Richter am Landgericht Berlin zum Beispiel, die 2019 entschieden: Keine der 22 Äußerungen, die Künast ihnen vorgelegt hatte, sei eine Beleidigung. Die Grünen müsse sich als „Drecks-Fotze“ beschimpfen lassen, Facebook deshalb die Daten der Verfasser solcher Entgleisungen nicht preisgeben. Ein Dammbbruch, hätte die Entscheidung Bestand gehabt.

Nun müssen die Richter erneut ran, so Karlsruhe, unter Berücksichtigung der jetzt festgelegten Parameter. Und somit entscheiden, ob Facebook die Daten herausgeben darf. Darf. Ob Facebook das dann tut, steht auf einem anderen Blatt. Aktuell wird die Ohnmacht der Politik ja offenbar: Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) und Justizminister Marco Buschmann (FDP) brauchten ausgerechnet Google – zu dem die hasserfüllte Youtube-Plattform gehört –, um überhaupt an eine E-Mail-Adresse der Betreiber von Telegram zu kommen. Und feierten anschließend, diese Mailadresse zu haben. Ein peinliches Eingeständnis eines gefährlichen Machtgefälles.

Unabhängig davon: Das Künast-Urteil ist ein Demokratie-Booster. In einer Umfrage von 2021 gaben 19 Prozent der Bürgermeister in Deutschland an, schon einmal erwogen zu haben, ihr Amt niederzulegen, aus Angst um sich und ihre Familien. Sie fühlten sich von Polizei und Gerichten nicht ausreichend geschützt. Ein bisschen hat sich das vergangene Woche geändert. Vielleicht. Hoffentlich.

Nicole Diekmann ist Autorin des Buchs *Die Shitstorm-Republik* (KiWi 2021). Sie arbeitet als Hauptstadtkorrespondentin fürs ZDF



Hegelplatz 1
10117 Berlin
PVStk. A04188
Entgelt bezahlt